

SÖMMERUNG: Fast jede dritte Milchtier-Alp soll ab 2018 weniger Sömmerungsbeiträge erhalten

BLW will bei 900 Alpen Beiträge kürzen

Alpen mit Milchkühen, Milchschafen oder Milchziegen und einer kurzen Sömmerungsdauer erhielten bisher bei den Sömmerungsbeiträgen einen Bonus. Nun soll dieser per 2018 abgeschafft werden. Es geht um 1,7 Mio. Fr.

DANIEL SALZMANN

Seit dem Jahr 2000 gibt es im Rahmen einer Besitzstandswahrung eine Sonderregelung für Kurzalpen mit gemolkene Tieren. Bereits am 23. Oktober 2013 hat der Bundesrat im Zuge der AP 14–17 die Abschaffung dieser Sonderregelung per Ende 2017 beschlossen. Das heisst, dass 900 Kurzalpen weniger Sömmerungsbeiträge erhalten würden als bisher (vgl. Kasten). Diese Änderung ist nun Teil des Verordnungspaketes 2017, das sich seit Kurzem in der Vernehmlassung befindet.

«Bedrohung für Alpung»

Der Schweizerische Alpwirtschaftliche Verband (SAV) schlägt diesbezüglich Alarm. «Der Wegfall des Kurzalpenregimes bedroht die Bewirtschaftung von Hochalpen mit Milchvieh vor allem in den Kantonen Tessin und Graubünden und ignoriert die wertvollen Leistungen der traditionellen Milchkuhalpen der Ost- und Zentralschweiz», steht in einer Medienmitteilung von letzter Woche. Angesichts der prekären Lage auf dem Milchmarkt dürfe der Anreiz für die Sömmerung von Milchkuhen nicht ersatzlos gestrichen werden. Der SAV setze sich für die Weiterführung des Systems ein, wird



Besonders höhergelegene Alpen wie hier im Melchtal OW wären betroffen. (Bild: sal)

betont. Klar ist, dass dafür ein Effort nötig sein wird.

«Ungleichbehandlung»

Denn das Bundesamt für Landwirtschaft kann mit einer Ungleichbehandlung argumentieren – nämlich ca. 2200 – haben keine Kurzalpen, obwohl viele Milchtiere auch zwischen 56 und 100 Tagen gesömmer werden! Es seien deshalb Ungleichbehandlungen zwischen Alpen für dieselbe Anzahl Söm-

merungstage feststellbar. «Alpen, die neu mit Milchvieh bestossen werden, oder Alpen, auf denen das Milchvieh mit kurzer Sömmerungsdauer zugenommen hat, können nicht oder unvollständig von der Besitzstandswahrung profitieren», so Hasler. Dazu erklärt SAV-Geschäftsführer Jörg Beck auf Anfrage: «Statt das bewährte bisherige System nun abzuschaffen, sollte sich das BLW überlegen, wie alle Alpen mit gemolkene Tieren und einer kurzen Sömmerungsdauer von dieser Lösung profitieren könnten.» Er betont, dass für Alpen, auf denen Milchkühe, Milchschafe

oder Milchziegen gehalten würden, die Kosten für die Infrastruktur (z. B. Stall, Melkmaschine) fast gleich hoch zu liegen kommen wie bei Alpen, auf denen die gemolkene Tiere während mehr als 100 Tagen gesömmer werden.

«Noch andere Beiträge»

Das BLW will die Spezialregelung auch aus administrativen Gründen aufheben. Die Berechnung der Sömmerungsbeiträge und der Vollzug sei aufgrund der beiden parallelen Systeme für die Besatzdichte und die Beitragsberechnung (teilweise auf derselben Alp) sehr komplex, so

Hasler. Nach Auffassung des BLW führe die Änderung nicht dazu, dass betroffene Alpen nicht mehr bestossen würden. Diese würden ja weiterhin finanziell gefördert, im Rahmen der normalen Regelung nach Normalstoss. Hasler teilt ausserdem mit: «Ein weiteres Argument ist, dass seit 2014 für die allermeisten Alpen Biodiversitäts- und Landschaftsqualitätsbeiträge bezahlt werden, sodass auch nach der Überführung der Sonderregelung ins normale Regime des Normalstosses mehr finanzielle Mittel als 2013 ausgerichtet werden.» Die Milch- und Käseproduktion auf Alpen lasse ausserdem nach wie vor einen Mehrwert auf dem Markt generieren. Die rund 1,7 Mio. Franken Sömmerungsbeitrag, die mit der Neuregelung wegfielen, würden beim Bund nicht gespart, sondern zu den Übergangsbeiträgen umgelagert, betont Hasler.

WO DIE ALPEN SIND

2015 gab es 900 Kurzalpen (dies bei einem Total von 3100 Alpen mit Milchtieren). Laut dem Agrarbericht 2016 ging es dabei um 3227 Grossvieheinheiten (GVE). Am meisten Kurzalpen liegen in den Kantonen Bern (291), Graubünden (170), Schwyz (94), Uri (84), St. Gallen (58), Appenzell Innerrhoden (58). Bezogen auf GVE sind die Kantone Graubünden (9866), Bern (9570), St. Gallen (3158), Tessin (2859), Wallis (2265), Uri (1874), Schwyz (941) und Appenzell Innerrhoden (911) am stärksten betroffen. sal

NACHRICHTEN

SVP will Gegenentwurf abändern

Die SVP-Fraktion hat letzte Woche in Weinfelden TG beschlossen, den vom Ständerat in der Wintersession 2016 verabschiedeten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» zu unterstützen. So steht es in der verschickten Medienmitteilung. Im Gegensatz zum Ständerat, der den Gegenentwurf zur Annahme und die Volksinitiative zur Ablehnung empfehle, halte die SVP weiterhin an beiden Varianten fest und empfehle sowohl die ursprüngliche Initiative als auch «den Gegenentwurf mit der Ergänzung der inländischen Produktion» zur Annahme. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass mit einer solchen Korrektur dem Anliegen der produzierenden Landwirtschaft besser nachgekommen wird, und beschloss hierzu ihre Unterstützung eines entsprechenden Einzelantrags. Das heisst: Die SVP will den Gegenentwurf des Ständerats abändern, und zwar nicht nur bezüglich der Steuerung der Zuwanderung (Letzteres hatte sie schon in der Kommission beantragt). sal

Kraft Heinz zieht Angebot zurück

Der Konsumgüter-Konzern Kraft Heinz hat sein Übernahme-Angebot für Konkurrent Unilever in Höhe von 143 Milliarden US-Dollar wieder zurückgezogen, nachdem es bei Unilever auf klare Ablehnung gestossen war. Marktexperten fragen sich, ob Kraft Heinz es nun allenfalls auf andere Unternehmen abgesehen hat, wie die Nachrichtenagentur SDA schreibt. Als mögliches Ziel wird Colgate-Palmolive oder Mondelez genannt. rab

PÄCHTERVERBAND: Delegiertenversammlung bei Grenchen SO

Zu Pachtzinsserhöhung bereit

Der Pächterverband ist bereit zu einer Erhöhung der Pachtzinse für Gebäude, betont aber, dass diese tragbar sein müssen.

MARGRIT RENFER

Der Schweizerische Pächterverband ist mit seinem Präsidenten Peter Kistler, Reichenburg SZ, und Geschäftsführer Bernhard Koch, Kallern AG, aktiver geworden. Koch liess sich zum Mediator ausbilden und trägt so zu tragenden Zukunftslösungen zwischen Pächtern und Verpächtern bei. Kistler engagiert sich in der Werbung neuer Mitglieder und in den Expertengruppen zur Revision des landwirtschaftlichen Ertragswertes und der Anpassung der Pachtzinsverordnung.

Investitionen fördern

Die ordentlichen Traktanden der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Pächterverbandes auf dem Grenchner Stierenberg, einem Pachtbetrieb der Bürgergemeinde Grenchen auf über 1000 Meter über Meer, pasierten schnell. Peter Kistler sprach jedoch bereits in seinem Jahresbericht von neuen Schätzungsrichtlinien, vor allem für Gebäude. Heutige Pachtzinse betragen ein bis zwei Prozent des investierten Kapitals, was für die Deckung der Gebäudeversicherungen, die Verzinsung, die Amortisation und den Unterhalt nicht genüge. «Um die Investitionstätigkeit der Verpächter zu



Peter und Vreni Kuhn, Pächter auf dem Grenchner Stierenberg, Bernhard Koch und Peter Kistler (v.l.). (Bild: mrl)

fördern und den Trend zur Zerstückelung der Gewerbe mit der Abarzellierung der Gebäude gerade beim Pächterwechsel zu stoppen, müssen wir uns einander annähern», sagte Kistler. Gerade deshalb müssten auch mehr Mitglieder gewonnen werden und diese müssten sich der Wichtigkeit des Verbandes bewusst sein.

«Muss tragbar sein»

Bei der Revision des landwirtschaftlichen Ertragswertes gebe es etwa Änderungen beim Wohnraum, wonach nur noch zwölf Wohneinheiten landwirtschaftlich geschätzt würden, die Einschätzung der Kühlräume werde korrigiert, Wasserquellen und Grundwasser neu geschätzt. Im Moment seien die Auswirkungen gesamthaft noch nicht abzuschätzen. Die Gespräche mit den landwirtschaftlichen Grundeigentümern und

eigene Einschätzungen zeigten, dass beim Pachtzins für Gebäude Handlungsbedarf nach oben ist. Beide Organisationen haben Eingaben beim Bundesamt für Landwirtschaft gemacht. Jacques Schaerer vom Verein zum Schutz des landwirtschaftlichen Grundeigentums bekräftigte vor den Pächtern, dass die Grundeigentümer bei den Gebäuden Handlungsbedarf sehen, nicht aber beim Land. In den Voten aus der Versammlung wurde bald einmal klar, dass es schwierig ist, beide Seiten zufriedenzustellen. Neben der Pacht wurde auch das Baurecht diskutiert. Die Pächter zeigten sich verhandlungsbereit, wenn auch jeder Fall wohl einzeln nach den dann erarbeiteten Richtlinien zu beurteilen ist. Eine neue Lösung müsse für die Pächter- und die Eigentümerbuchhaltung tragbar sein.

MILCHMARKT: Einigkeit sei nötig

ZMP-Chefkritisiert Medien und hält SBV-Eingriff für unnötig

Der Geschäftsführer der Zentralschweizer Milchproduzenten (ZMP) sieht zu viele negative Berichte zum Milchmarkt.

ZMP-Geschäftsführer Pirmin Furrer kritisiert im jüngsten Newsletter die Medien. Aktuell werde sehr viel Negatives über die Milchbranche berichtet. Er nennt als Beispiel den Käseexport nach Dänemark für 1,5 bis 3,0 Euro pro Kilo Käse. Das sei nicht repräsentativ für die gesamte Branche, dabei sei es nur um 50 Tonnen gegangen. Es werde zu viel in den kleinen negativen Beispielen herumgewühlt, die die ganze Milchbranche hemmen und Vertrauen zerstören. «Ich bin der Meinung, dass wir solche Negativmeldungen vermeiden müssen», so Furrer. Das Positive gehe vergessen. Bei Erfolgsprodukten wie Knospe, Tête de Moine oder Gruyère stimmten sich die Beteiligten hinter dem Produkt ab und legten gemeinsam eine Strategie fest. Im Molkereimilchkanal sei das leider nicht so, hält Furrer fest. «Wir haben sehr viele Beteiligte, die nur für sich handeln.» Es gebe zu viele Milchproduzenten, die alles negativ redeten, mit dieser Haltung komme man aber nicht weiter. «Wir brauchen eine Einheit, ein klares Profil, wofür die Molkereimilch steht und wofür nicht. Diese Überzeugungsar-

beit müssen wir gemeinsam mit unseren Partnern leisten, sodass wir auch mit der Molkereimilch erfolgreich werden.»

Dann schreibt Furrer: «Weitere Gremien auf nationaler Ebene zu installieren, welche sich nun um den Milchmarkt kümmern, erachte ich als nicht zielführend.» Die Einigkeit, welche es für die Erreichung der Ziele brauche, bleibe auf der Strecke. Furrer nimmt damit die neue Milchkommission ins Visier, die der Schweizer Bauernverband (SBV) unter Präsident Markus Ritter reaktivieren wird.

MILCH IM SB

Der «Schweizer Bauer» (SB) schreibt sehr gerne über Erfolgsgeschichten aus dem Schweizer Milchmarkt: Das Fest des Tête de Moine AOP (11.2.17), über 30 Fr. Stundenlohn bei Biobauer Hans Braun (4.2.), 1 Fr. Milchpreis durch Direktverkauf bei Reto Danner (28.1.), 83 Rp. in Raclette-AOP-Käserer (7.1.). Exporterfolg und über 80 Rp. beim Gruyère AOP (21.12.). Der SB wird aber weiterhin auf Unregelmässigkeiten hinweisen (z. B. Prolait mit 35% B-Milch à 52 Rp./kg im Februar) und nicht vergessen, dass der Milchpreis für ÖLN-Molkereimilch-Produzenten nach wie vor nicht kostendeckend ist. sal

Bürgerschaft unter neuer Führung



Per 1. März 2017 wird Ueli Rindlisbacher (Bild) die Geschäftsführung der Schweizerischen Bäuerlichen Bürgerschaftsgenossenschaft übernehmen. Ueli Rindlisbacher ist als ausgebildeter Landwirt mit einem zusätzlichen Bachelor in Agronomie BFH bestens für diese Aufgabe geeignet. Seit 2014 ist er zudem Berater bei Agriexpert. Sein Vorgänger, Lorenz Büchel, hat sich nach vier Jahren Berater bei Agriexpert und ein Jahr Geschäftsführer bei der Bürgerschaftsgenossenschaft entschieden, sich beruflich neu zu orientieren und wird auf einem Gemüsebaubetrieb in der Ostschweiz tätig sein. Die Bürgerschaftsgenossenschaft sowie Agriexpert bedanken sich bei Lorenz Büchel für seine Arbeit und wünschen Ueli Rindlisbacher alles Gute in seiner neuen Aufgabe. rab

REKLAME

hofueli.ch
Fachwebshop für Betriebsmittel

Jetzt **20%** Jahresrabatt sichern:
Telefon 041 560 01 33
Marken-Fachshop mit über 300 Artikeln!

www.hofueli.ch